

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Druck und Verlag:
Auer Druck- und Verlags-
gesellschaft m. b. H., Auer.
Kriegsministerium:
Kriegsministerium.
Jahrgang - Nummer 15.

Abonnementspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.70 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.40 Mk. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 6.10 Mk., monatlich 2.70 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 5.00 Mk., monatlich 2.00 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abgabepreise für Zeitungsanzeigen sind für den Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf., Restempfindliche für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 10 Pf., sonst 15 Pf. Bei größeren Abmachungen entsprechender Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. für die Zeit im Tag kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich leserlich ist.

Nr. 43

Sonntag, den 21. Februar 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Freiherr von Lerchner sprach gestern in Berlin über seine Tätigkeit in Versailles und ließ seinen Bericht in einer Mahnung zur Einigkeit gipfeln. An unserer Einigkeit werde jeder feindselige Chauvinismus zerfallen.

Nach einer Havasmeldung hat sich der deutsche Geschäftsträger Mayer zum ersten Male seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Empfang des diplomatischen Korps ins Elisee begeben.

Die internationalisierte Kommission in Nordschleswig hat der dänischen Regierung mitgeteilt, daß der Wiedervereinigungstag wahrscheinlich in die Mitte des Monats April fallen werde.

Der Parlamentssekretär des englischen Marineministeriums Colonel Wilson erklärte im Unterhaus, daß die deutschen Schiffe über 1000 Tonnen zusammen 1824828 Tonnen, an die verschiedenen Großmächte verteilt werden sollen.

Dem Reuterschen Büro zufolge besagt eine drahtlose Mitteilung aus Moskau, Archangelsk sei von den Bolschewisten genommen. Die weißen Truppen hätten die Stadt abgegeben und seien auf die Seite der Sowjetregierung getreten.

Gesteigerte Kohlenproduktion.

D. N. B. Die Werke des Reichskanzlers Bauer in das Ruhrgebiet hat gesagt, welcher Wert von der Bergarbeitergewerkschaft auf die Verhandlungen gelegt wird, die namentlich in ihrem ersten Teil zum Abschluß gekommen sind und einen befriedigenden Erfolg für beide Teile gezeitigt haben. Die Verhandlungen haben auch gezeigt, daß ein geundeter Sinn in der Bergarbeitergewerkschaft des Ruhrreviers vorhanden ist. Denn es darf nicht vergessen werden, daß die Agitation der Kommunisten und Unabhängigen, die die Einführung des Sechshunderttags bezeichnen, außerordentlich stark war und bei den Bergarbeitern verhältnismäßig auch starken Anklang gefunden hatte. Die Bergleute haben nie recht an die Kohlennot glauben wollen, und es ist zweifellos schon ein großer Vorteil, wenn sie sich jetzt davon überzeugen haben, daß die Steigerung der Kohlenproduktion Grundbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands überhaupt ist. Der Sechshunderttag wird natürlich nach wie vor den Bergarbeitern als ersehntes Ziel erscheinen, aber vorläufig kann an seine Verwirklichung nicht gedacht werden. Die Bergarbeitergewerkschaft und die Bergarbeiterorganisationen haben vielmehr jetzt eine Vereinbarung getroffen, dahingehend, daß von den Bergarbeitern wöchentlich zwei halbe und monatlich also vier ganze Ueberflachten gemacht werden. Durch dieses Uebereinkommen wird die Mehrförderung an Kohlen ganz erheblich gesteigert. Die Mehrförderung wird verwendet werden, um die Verpflichtungen zu erfüllen, die wir nach dem Friedensvertrag zu erfüllen haben. Wir sind nicht in der Lage, uns von der Entente, insbesondere von Frankreich, dauernd schlechten Willen vorwerfen zu lassen. Alle Ueberflachten, die wir erstreben müssen, werden stets abgewiesen, wenn wir nicht die vorgeschriebene Kohlenmenge zur Ablieferung bringen. Zum anderen aber auch kommt die Mehrförderung unserer heimischen Industrie zugute. Die Bauindustrie wird besonders bedacht werden müssen, da sie Steine und Baumaterial für den Bau von Bergarbeiterwohnungen zu liefern hat. Eine verstärkte Siedelung im Ruhrrevier hat aber andererseits auch wiederum eine Verärgerung der Belegschaften zur Folge. Die gefährlichen Ueberflachten dienen also auch indirekt zur Erhöhung der Kohlenproduktion. Die Bezahlung der Ueberflachten mußte natürlich so hoch sein, daß ein Anreiz für die tatsächliche Leistung der Ueberflachten vorhanden war. Geld allein aber macht auch die Bergarbeiter nicht glücklich, und gerade die Agitatoren für den Sechshunderttag haben immer auf die schlechte Ernährungslage der Bergarbeiter hingewiesen. Es sollen deshalb den Bergarbeitern Sonderzuweisungen an Lebensmitteln gewährt werden. Zu den Preisen der rationierten Lebensmittel sollen sie monatlich 8 Kilo Brot und 4 Kilo Fett kaufen können. Die gerechten Wünsche der Bergarbeiter sind also voll zur Erfüllung gekommen, und es ist nur zu hoffen, daß aus diesem Abkommen, das vorläufig auf 3 Wochen festgesetzt ist, ein dauerndes Abkommen entsteht, das den Bergarbeitern nutzt, in gleicher Weise aber auch dem ganzen deutschen Volk. Wir begrüßen das Abkommen als Zeichen der Einheit der Bergleute im Ruhrrevier und als Zeichen der Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft.

Reichswehrminister Noske über die politische Lage.

In einer Versammlung der Betriebsräte delegierten der Sozialdemokratischen Partei Hamburg hielt Reichswehrminister Noske am Donnerstag eine Rede über die politische Lage. Er skizzierte zunächst die

äußere und innere Lage und fuhr dann fort: Die Teuerung der Lebensmittel nimmt von Tag zu Tag zu, und unter solchen veränderten Umständen müssen wir eben anders handeln, als wir es uns gedacht und es uns versprochen haben, zu der Zeit, als wir noch in der Opposition waren. Es ist richtig, daß ich, der ich stets vor und während des Krieges gegen jede Ausnahmebestellung gewesen bin, jetzt mit einer bisher fast noch nie dagewesenen Macht ausgerüstet bin. Ja es ist eben

manches anders geworden.

als wir es in früheren Zeiten in den Partei gedacht haben. Der wirtschaftliche Gesundungsprozess unseres Landes wird noch sehr lange Zeit dauern. Unter diesen Umständen kann man nicht zugeben, daß Unverstand und Torheit mit unserem wirtschaftlichen Leben experimentieren, wie es die linksradikalen Elemente leider versucht haben. Wenn 3. B. Tausende von Eisenbahnern erklärt haben, wir sind die Gurgel des Staates und haben ihm diese zuzuschneiden, wenn wir wollen, dann sage ich als Reichswehrminister: Wenn einige Tausende von Eisenbahnern einem Volke von 60 Millionen die Gurgel zuzuschneiden wollen, trage ich als Reichswehrminister gar keine Bedenken, diesen

die Knochen zu zerhacken.

Wir wollen dem Volke die Arbeit erhalten und nicht Tausende und Abertausende zur Auswanderung veranlassen, wie dies in den vier Jahren geschehen ist. Der Minister wandte sich in seinen Ausführungen dann gegen den Vorwurf, daß die Regierung nicht genügend sozialistische und wie aus die unangenehmen Zustände hin, die jetzt herrschen. Wenn man früher die Forderung nach einer achtstündigen Arbeitszeit aufstellte, sagte man an eine intensive Arbeitszeit von acht Stunden, aber nicht an eine noch dreistündige Arbeitszeit, wie es zu Anfang der Revolution vielfach geschehen ist. Der Minister wandte sich schließlich noch gegen die Bestrebungen der Bergarbeiter, die Sechshunderttag einzuführen und zwar zu einer Zeit, wo wir zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens Kohlen dringender als je benötigen. Gegen derartige Bestrebungen, wie gegen jede Stilllegung von Eisenbahnen werde er nach wie vor mit allen ihm zur Verfügung stehenden Nachtmitteln vorgehen. Dagegen werde er bestrebt sein, für die Besserstellung der Arbeiter einzutreten. Noske schloß seine Darlegungen mit den Worten: Das deutsche Volk wird trotz des Friedensvertrages nicht untergehen.

Ludendorff zur Auslieferungsfrage

Vor der Entscheidung der Alliierten in der Auslieferungsfrage hatte General Ludendorff eine Unterredung mit dem Berliner Vertreter amerikanischer Blätter, Baron v. Doest, in der sich Ludendorff u. a. wie folgt äußerte: Diese Frage berührt die Ehre des ganzen deutschen Volkes in so tief einschneidender Weise, daß sie nur von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet werden kann. Werden England, Frankreich und Belgien darauf bestehen, deutsche Männer vor ihre Gerichte zu zerrren, so verliert damit Deutschland ein für allemal ein Stück seiner Volksehre. Was das für ein schreckliches Volk bedeutet, muß sich jeder klarmachen.

Auf die Frage, ob der in Leipzig zu errichtende Gerichtshof zur Aburteilung über derartige Fälle die Alliierten daran verhindern wird, von ihrem Verlangen auf Auslieferung der betreffenden Persönlichkeiten Abstand zu nehmen, antwortete Ludendorff: Nein, das glaube ich nicht, denn es kommt England, Frankreich und Belgien bei der Beurteilung lediglich darauf an, durch diese Gerichtshöfe feststellen zu lassen, daß es in Deutschland ist, welches an dem Ubruch des Krieges und durch seine Kriegsführung an seinem letzten naturigen Schicksal die Schuld trägt. Sie wollen durch die Gerichtshöfe jede Schuld von sich und den Alliierten abwenden und können damit ihre Politik während der letzten Jahre und beim Friedensschluß, um der Welt klarstehenden Welt gegenüber ja gerechtfertigt zu sein und ihr Ansehen zu stärken. Es wäre das Gebotene, das Haager Schiedsgericht für diese Fälle in Anspruch zu nehmen, aber vor diesem Gerichtshof müßten dann alle Teile, auch die Alliierten, erscheinen und es würde die volle Wahrheit über den Krieg an den Tag kommen, was nicht wir, sondern die anderen zu fürchten haben.

Auf die Frage: Wenn diese Frage für Deutschlands Ehre doch so eine schwerwiegende ist, sehen dann Sie irgendwelche irgendwelcher Richtung einen Ausweg? antwortete Ludendorff: Amerika sollte ihn finden! Warum erwirkt es nicht ein wirklich unparteiisches Gerichtsverfahren auf amerikanischem Boden? Es verlangt keine Auslieferung; das amerikanische Volk hat auch stets eine andere Stellung in dieser Frage eingenommen wie die Völker der Entente. Es ist daher weniger befremdlich, als dies zu sein muß es Ihnen auch offen aussprechen, daß ich die Ehre des amerikanischen Volkes mitverantwortlich mache für den für uns so traurigen Ausgang des Krieges. Auf Grund der vierzehn Punkte haben wir unsere Waffen aus der Hand gelegt. Diese Grundzüge hätte uns einen Frieden gebracht, der wenigstens unsere Ehre unangestastet ließ.

Geheimnisse des britischen Geheimdienstes.

Unter diesem Titel veröffentlicht die Monatschrift London Magazine in ihrem Januarheft Enthüllungen eines Kapitäns Tusch, der, wie sie angibt, den ganzen Krieg hindurch für den britischen Nachrichten- und Spionagedienst tätig gewesen ist, so daß seine Mitteilungen als die eines erfahrenen Sachmannes gewürdigt werden sollten. U. a. schreibt er über die Revolution auf der deutschen Flotte folgendes: Die weittragenden Erfolge, die ein tüchtiger Geheimdienst tätigen kann, dürften kaum glänzender bewiesen werden, als durch den Uebergang der deutschen Flotte zum Admiral Beatty, oder vielmehr durch gewisse Umstände, die zu dieser Uebergabe geführt haben. Die britische Admiraltätsspionage gilt als das Vollkommenste, was je auf diesem Gebiet erreicht worden ist. Als die ersten Gerüchte von einem in der deutschen Marine auftretenden Bolschewismus auftauchten, erkannte die britische Naval Intelligence Division es als ein ausichtsreiches Unternehmen, zu veranlassen, daß Gerüchte über einen angeblich in der britischen Flotte vorhandenen Bolschewismus in verschiedenen wichtigen deutschen Häfen — namentlich unter den Deckmanteln — in Umlauf gebracht würden. Britische Agenten in Kiel, Embden und Skudershoorten erhielten den Auftrag, in geschickter Weise die Nachricht zu verbreiten, daß in Scapa und Rosyth große Unzufriedenheit herrsche, daß rote Fahnen auf dem Boot und anderen britischen Hauptstützen angebracht worden seien, daß in Wäde die britische Flotte den ganzen Krieg fast sein würde und nur auf das schreckliche Beispiel der deutschen Flotte warte, um zum eigentlichen Bolschewismus überzutreten. Der glänzende Erfolg dieser Propaganda wurde später durch die Ankunft der deutschen Flotte im Firth of Forth — am 21. Juni 1919, wie Beatty sich drastisch ausdrückte — bestätigt. Auf die Frage, warum die deutsche Flotte nicht, wie ihr 14 Tage vorher befohlen worden wäre, zum Kampf herausgekommen sei, antwortete der deutsche Durchschnittematrose: Weil wir dachten, Ihr Vortritt hier draußen legt Blätter; wir hörten, Ihr Hättet rote Fahnen gehißt und wartet auf unsere Ankunft in offener Meeresei, um dann selbst Bolschewisten zu werden und ein Gleiches zu tun.

Prozeß Erzberger = Helfferich.

Bei dem Beginn der gestrigen Sitzung im Prozeß Erzberger-Helfferich gab der Vorsitzende eine Erklärung ab, worin für die Öffentlichkeit noch einmal dargestellt wird, um was es sich eigentlich handelt. Laourat, der Angeklagte den Wahrheitsbeweis bei den zugegebenen Beleidigungen angetreten habe, sagte hier das Verfahren äußerlich um, so daß es den Anschein habe, als wenn Reichsfinanzminister Erzberger der Angeklagte sei, das sei bedingt durch die Strafprozedur. Er, der Vorsitzende, habe den Wahrheitsbeweis in sehr weitem Umfange zugelassen, damit jeder denkende Mensch sieht, daß das Gericht alles getan hat, um die volle Wahrheit zu ermitteln. Daraus stellt Rechtsanwalt Wisberg eine große Reihe von Beweisunterlagen, die sich auf den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit des Nebenklägers Erzberger beziehen und zeigen sollen, daß der Nebenkläger auch in dieser Verhandlung selbst unter seine Mäule es mit der Wahrheit nicht genau genommen habe, und zwar in Dingen, in denen es als ausgeschlossen erscheinen müßte, daß der Nebenkläger lediglich aus Bergebläse wertvolle Angaben gemacht habe. U. a. habe Erzberger in den Fällen Richter, Berger, Thijssen, Wolf u. a. die Sachen anders dargelegt, als nachher die Beweisnahme ergab. Allerdings habe er damals noch nicht das Beweismaterial gekannt, das der Angeklagte vorbringen würde. Auch habe Erzberger versprochen, daß er als Reichsfinanzminister der Firma Wolff 40 Millionen Mark aus Reichsmitteln zu ungewöhnlich niedrigem Zinssatz zur Verfügung gestellt habe. Wisberg beantragt, eine Reihe neuer Fragen zu stellen, u. a. v. Bethmann-Hollweg.

Grethner von Richterfen kann über Beteiligung Erzbergers an der Anhydrat-Gesellschaft nichts sagen. Kommerzienrat Reiberg, Aufsichtsratsvorsitzender der Anhydrat-Gesellschaft, erklärt, Erzberger an der Gesellschaft beteiligt zu haben, weil ihm daran lag, einen einflussreichen Mann, der auch internationale Beziehungen hatte, dafür zu gewinnen. Er hielt die Beteiligung für unbedenklich. Auf Vorschlag Meiters sind Erzberger und Richterhofen Aufsichtsratsmitglieder der Kriegswollstoffe geworden. Der Direktor der Anhydrat-Gesellschaft, Seelig, erklärt, daß Erzberger die Geschäftsführung durch Ratsschlüsse übernommen habe und auch bei Behörden dafür tätig war. Wegen Verkaufes des fraglichen Patentes nach Standorten hat die Gesellschaft sich auf Rat Erzbergers an das Reichamt des Innern gewandt und von dort die Erlaubnis erhalten. Unterschrieben sei dieser Bescheid von Ministerialdirektor von Jonasseres gewesen. Außerdem Dividenden habe Erzberger keine besonderen Vergütungen erhalten. Auf eine Frage Helfferichs erklärte Erzberger, daß er bis Aktien, die ein Ergebnis von